

HAUSHALTSREDE HH 2022 FREIE WÄHLER AALEN

ACHTUNG: Sperrfrist bis 16.11.2021 15:00 Uhr

DAUER 15:00 Min bei einer vorgegebenen Dauer von 15:00 Min

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Brütting,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Damen und Herren,

alle Jahre wieder, kommt das Christuskind – nein! - davor kommen zuerst die Haushaltsreden. Und so, wie es dem Christkind obliegt, welche Wunschzettelwünsche es erfüllen will und welche nicht oder welche davon erst im Folgejahr, geradeso verhält es sich mit der Verwaltung und gar vielen Anträgen aus den Fraktionen. Wo ist es zum Beispiel abgeblieben: das facelifting des Gmünder Torplatzes? Wo das zusätzliche Parkhaus? Wo die userfreundliche und barrierefreie Ausgestaltung der Internetseite der Stadt Aalen?

Wenn man wollte, könnte man mit all diesen zugesagten, aber nach wie vor unerfüllten Wünschen und Anträgen aller Fraktionen aus den letzten drei Jahren schon ganze Haushaltsreden bestreiten. Aber Polemik beiseite – wir wollen nach vorn schauen.

THEMA allgemein FINANZEN:

Kurz und bündig: Es kommt erfreulicherweise mehr herein, als wegen der Coronakrise zunächst gedacht . Es geht 2022 aber auch mehr hinaus, als gewollt. Oder, wie es die Kämmerin ausgedrückt hat: Stablen Einnahmen stehen stark steigende Kosten gegenüber. Bestes Beispiel: das Bäderprogramm.

Da standen einmal knapp 50 Millionen im Raum für ein ganzes Bäderprogramm inklusive Spieselbad und Limesthermen. Jetzt geht es mit 53 Millionen nur noch um zwei Bäder: Hallenbad und Hirschbachbad, kurz Kombibad genannt.

Das Freibad im Hirschbach ist viel zu vorschnell abgerissen worden. Aber dafür liegen die fertigen Planungen für das neue Bad

längst auf dem Tisch. Das muss jetzt endlich in Angriff genommen werden! Man kann es den Bürgern nicht mehr länger erklären, dass ihnen nach 128 Jahren ihr Bad überstürzt und mit dem Versprechen eines neuen Bades genommen wurde, um das Ganze dann anschliessend jahrelang zu diskutieren und immer wieder in Frage zu stellen. Also: macht mal hinne!

Es muss aber auch allen klar sein: Das bindet enorme Finanzmittel bei den Stadtwerken und der Stadt Aalen. Viel Neues kann da in nächster Zukunft nicht mehr geplant und umgesetzt werden. Da ist Verzicht angesagt!

Die Pandemie und die Baupreientwicklung haben gezeigt, wie schnell die im Haushaltsplan angesetzten Einnahmen hinter den Erwartungen zurück bleiben, wie schnell Ersparnisse aufgebraucht und Reserven angegriffen werden müssen. Auch wie schnell deshalb mit der Durchführung von beschlossenen Projekten die Verschuldung ansteigen wird und dass wir diesen Verwerfungen mit sinnvollen und bürgerverträglichen Prioritätenänderungen begegnen müssen.

Jetzt gilt es daher, möglichst rasch alles bereits Begonnene und alles Genehmigte mit Hochdruck weiter zu verfolgen und möglichst noch zu den derzeitigen Konditionen zu vollenden oder wenigstens verbindlich zu vergeben, bevor alles noch teurer wird und wir uns die Fertigstellung gar nicht mehr leisten können. Das gilt u.a. sowohl für das Kombibad, als auch für den schon mehrfach beschlossenen und zu 98 % schon vergebenen Steg. Diesen trotz allem wieder canceln zu wollen, halten wir für unverantwortlich und schädlich.

Angenehm überrascht hat uns, dass die Einnahmen insgesamt - trotz der Pandemie - im vergangenen Jahr relativ gut waren und die Prognose für 2022 deshalb nicht gar so beängstigend ausfällt. Der beste Effekt für die Aalener Bürger dabei ist: Es gibt keine Erhöhung der städtischen Steuern!

STELLENPLAN:

Unsere städtischen Bediensteten arbeiten zu einem Teil bereits am Anschlag und nicht wenige auch darüber hinaus. Und es kommen laufend neue Wünsche, neue Anforderungen und neue Aufgaben zu ihrem ursprünglichen Arbeitspensum hinzu – nicht zuletzt auch aus Teilen dieses Gemeinderates. Deshalb begrüßen wir die Schaffung von ca. 65 weiteren neuen Stellen, die für einen geordneten, zeit – und bürgernahen Ablauf notwendig sind. Der Schwerpunkt liegt hier personalmässig bei IT und vor allem bei der Betreuung.

Gleichwohl stellen wir auch mit einem gewissen Erschrecken fest, wie gewaltig inzwischen die Personalkosten in unserem Haushalt zu Buche schlagen, ja sogar fast aus dem Ruder zu laufen drohen. Da sind wir inzwischen bei rund 58 Mio. Und alleine über die tariflichen Lohnerhöhungen kommen jährlich ungefähr weitere 1,8 Mio hinzu.

Vor diesem Hintergrund und mit diesem Wissen, drängen wir darauf, ein wachsames Auge auf die derzeit 23 kw-Stellen zu haben und dieses kw, dieses „kann wegfallen“, auch konsequent anzuwenden. Dies gilt auch für die befristeten Stellen. Es kann nicht sein, dass diese kw-Stellen und die befristeten Stellen - ebenso wie die anfangs von Dritten geförderten Stellen – regelmässig in die dauerhafte Beibehaltung und Alimentation durch die Stadt münden. Wie der Stellenplan zeigt, werden sowohl das Personal, als auch die Finanzmittel an anderen Stellen dringend benötigt.

Wo es kostenmässiger für die Stadt günstiger ist, sollte auch konsequent von der Umwandlungsmöglichkeit der Stellen von E zu A – Besoldung und umgekehrt Gebrauch gemacht werden.

Insgesamt sind wir der Meinung, dass wir uns beim Personal mehr an den Kernaufgaben einer Stadtverwaltung orientieren müssen. Wir müssen deutlicher unterscheiden zwischen Pflicht und Kür – egal, ob es dabei um Soziales, um Kultur, Sport, Bildung oder sonstwas geht.

Diese Kernaufgaben müssten allerdings dringend neu definiert werden.

Wir beantragen daher erneut, dass sachverständige Fachleute - in der Art einer Unternehmensberatung - auf die städtische Aufgabenpalette und auf die Personalausstattung blicken, eine Bewertung vornehmen und ihre Empfehlungen aussprechen. Dies kann aber aus Gründen des Betriebsfriedens keinesfalls intern gemacht werden, sondern das muss zwingend an externe, neutrale und unabhängige Fachleute vergeben werden. Um dies endlich auf den Weg zu bringen, **beantragen wir für diese Untersuchung die Einstellung von zunächst einmal 35.000,-- € in den Haushalt 2022.**

Einen Antrag auf Bewertung und Folgeempfehlungen von externen Sachverständigen wollen wir auch für den Bereich der KiTa-Finanzierung stellen. Auch wenn jetzt wieder einige grummeln werden: Diesen Antrag werden wir so lange stellen, bis endlich von sachkundiger externer Stelle Butter bei die Fische kommt. Abwiegelnde Auskünfte unserer geschätzten Verwaltung wollen wir da nicht mehr akzeptieren.

KITA-ZUSCHÜSSE:

Sie wissen es alle: Die Stadt zahlt 70% der Investitionskosten als verlorenen Zuschuss aus dem Steuergeld der Bürger dieser Stadt. Der Investor und Bauherr zahlt lediglich 30 % aus eigener Tasche und nennt aber nach Ablauf von 25 Jahren das Bauobjekt zu 100 % sein Eigen. Siebzig % Zuschuss quasi verschenken nur um sich die letzten 30 Prozent Restkosten zu sparen? Das, meine Damen und Herren, liebe Verwaltung, verdient nicht einmal mehr den Namen „Milchmädchenrechnung“. Da sollte die Stadt lieber zu 100 Prozent finanzieren und die Gebäude dafür in städtischen eigenem Besitz halten. Und man verweise hier nicht wieder auf die ominöse Investitionskostenabschreibung.

Instandhaltungskosten, Sanierungskosten usw. solch einer KiTa gehen ja zusätzlich auch noch zu Lasten der Stadt, ebenso wie 97% der Betriebs- und Bewirtschaftungskosten.

Solch ein Finanzierungsmodell ist einmalig, meine Damen und Herren, und das gibt es in keiner anderen Stadt.

Wir beantragen daher eine entsprechende und vor allem ergebnisoffene Prüfung der bisherigen und der von uns geforderten neuen KITA-Finanzierung durch externe Sachverständige unter Einbeziehung der Vorgehensweisen anderer Städte in Baden-Württemberg. Wohlgedemerkte: Nicht unter juristischen oder politisch - moralischen Gesichtspunkten, sondern unter rein betriebswirtschaftlichen und finanziellen Aspekten.

Für die Erstellung eines entsprechenden Gutachtens oder einer Durchführbarkeitsanalyse beantragen wir die Einstellung von vorerst 35.000,- € in den Haushalt 2022.

KITA-PLANUNGEN:

Wir beantragen hier die Erstellung eines allgemein verbindlichen Ausbaustandards für die KITA – PLANUNG. Es geht nicht weiter an, dass sich hier die Architekten und Bauherren frei entfalten können und die Kosten für die Stadt dann ins Unermessliche steigen, wie es zum Beispiel in Waldhausen der Fall ist. Es ist nicht höchstmöglicher Luxus in architektonisch supertollen Bauwerken angesagt, denn nicht alles, was architektonisch und auch in der baulichen Ausgestaltung supertoll ist, ist auch unbedingt nötig. Wir brauchen daher eine verbindliche bedarfsgerechte Standarddefinition, an der sich solche Neu - Um - und Anbauten ausrichten haben. Und zwar alle KiTa-Träger, auch die Stadt selber. Zudem braucht es unserer Meinung nach keine kostentreibenden Architektenwettbewerbe für solche Vorhaben.

KITA - Träger:

Unabhängig von dem vorhergehenden Antrag, machen wir noch folgende Anmerkung:

Die Kirchen und sozialen Einrichtungen sind auch von uns sehr geschätzte KiTa-Träger. Diese Träger haben es bisher aber auch

immer sehr gut verstanden, im Rahmen von KiTa – Bauten oder KiTa - Erweiterungen auch Verwaltungsbauten, Aufenthaltsräume für Personal, besondere Bauausführungen und sonstiges in die KiTa - Baukosten mit einzubinden und sich entsprechend mit bezuschussen zu lassen. Hier muss den Planern, den Bauherren und den Verantwortlichen aller KITA-Träger verbindlich vorgegeben werden, eine exakte und detaillierte Trennung von unabdingbaren KiTa – Notwendigkeiten und allem Anderem vorzunehmen und dies exakter als bisher einzuhalten. Andernfalls müssen die zuschussfähigen Kosten gedeckelt werden

STRASSEN:

Hier gilt es, die vorhandene Infrastruktur instand zu halten und zu pflegen. Und zwar sinnvoll.

Im westlichen Stadtgraben wurden bislang noch nicht die notwendigen Belagsanierungen gemacht. Dafür wurden aber bereits die Fahrradpiktogramme auf den maroden Belag gepinselt.

Wir beantragen daher die Belagsanierung im nördlichen und westlichen Stadtgraben vom Küferstüble bis zum Opel-Spiegler bis spätestens Ende 2. Quartal 2022.

Die geradezu inflationär aufgepinselten Fahrradpiktogramme scheinen im Übrigen zum Schildbürgerstreich zu geraten wegen ihrer mangelnden Farbqualität. Viele davon sind bereits jetzt schon abgefahren und nur noch teilweise sichtbar.

WOHNUNGSBAU:

Wir sind mit unserer Wohnungsbauoffensive und der städtischen Wohnungsbau auf einem guten Wege – auch und gerade was die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum angeht. Wir stehen daher auch voll hinter dem grundsätzlichen 50 - 25 - 25 – Mix unserer Aalener Wohnungsbau. Dieser Mix hat sich in der Vergangenheit bestens bewährt. Sollte in der Zukunft eine ganz drastische Änderung der Wohnraumsituation eintreten, wird man wohl oder übel auch über eine Verschiebung dieser Gewichtung in Richtung

sozialer Wohnungsbau nachdenken müssen. Allerdings darf man dabei auch nicht ausser acht lassen, dass mit dem Erlös der 50 Prozent verkaufter Wohnfläche die 25% für geförderten Wohnraum überhaupt erst ermöglicht werden. Und dass die normalen Mieten der restlichen 25% nicht durch die Decke gehen.

PARKEN und PHOTOVOLTAIK:

Die Menschen, die in Aalen leben und arbeiten brauchen Parkplätze. Auch dieses Jahr mahnen wir wieder die Schaffung eines Parkhauses für Bedienstete und Mitarbeiter und Kunden in der Innenstadt an. Grössere Parkplätze sowie die Parkhäuser sollen mit Photovoltaikanlagen versehen werden.

SPORTFÖRDERUNG:

Wir beantragen für die TSG-Hofherrnweiler abseits der Sportförderung eine einmalige Abweichung vom Gleichheitsgrundsatz. An der derzeitigen Notsituation dort ist leider die Stadt Aalen auch nicht ganz unschuldig:

So wird leider der TSG nicht gestattet, auf städtische Plätze auszuweichen, weil diese angeblich alle rund um die Uhr belegt seien. Dem Auge des aufmerksamen Beobachters und Spaziergängers stellt sich dies allerdings ganz anders dar.

Zudem wird der TSG wohl auch von Seiten des landratsamtlichen Tierschutzes eine effektive Bekämpfung des Maulwurfbefalls untersagt. Es gibt da also unseres Erachtens nach schon triftige Gründe, um hier zu einer einmaligen Ausnahmeregelung zu kommen.

Wir beantragen daher, einmalig die Instandsetzung des befallenen Platzes über die normale Sportförderung hinaus zu bezuschussen, mit dem Ziel eine 100 % Finanzierung in Höhe von 525.000 € zu erreichen. Dabei beziehen wir uns auf den gemeinsamen interfraktionellen Antrag von GRÜNEN, SPD, CDU und den FREIEN WÄHLERN AALEN.

Die Fraktion der *FREIEN WÄHLER* AALEN dankt der Verwaltung und allen Mitarbeitern, sowie dem alten und dem neuen OB und den Bürgermeistern Wolfgang Steidle und Karl-Heinz Ehrmann für die haushaltskonforme Arbeit des vergangenen Jahres. Unser Dank gilt bei diesem Thema Haushalt ganz besonders der Kämmerin Frau Faussner und ihrem Team, die uns auch 2022 wieder gut und sicher durch diesen Haushalt führen wird. Und das muss auch einmal gesagt werden: Sie alle – Verwaltung und Gemeinderat - haben trotz allen Widrigkeiten sehr vieles sehr gut und richtig gemacht.

Ich danke jetzt für Ihre Geduld und für's Zuhören.

Verfasst am 14.11. 2021
von Thomas R. Ruehl
Fraktionsvorsitzender Stadtrat
FREIE WÄHLER AALEN

ANTRÄGE der FRAKTION der FREIEN WÄHLER AALEN für den HAUSHALT 2022

PERSONAL und STELLENPLAN:

⑩

- *Wir beantragen*, dass sachverständige Fachleute - in der Art einer Unternehmensberatung - auf die städtische Aufgabenpalette und auf die Personalausstattung blicken, eine Bewertung vornehmen und ihre Empfehlungen aussprechen.

⑩ Für diese Untersuchungen beantragen wir die Einstellung von zunächst einmal 35.000,-- € in den Haushalt 2022.

KITA - FINANZIERUNG

- ⑩ Wir beantragen daher eine entsprechende und vor allem ergebnisoffene Prüfung der bisherigen und der von uns angedachten neuen KITA-Finanzierung durch externe Sachverständige unter

Einbeziehung der Vorgehensweisen anderer Städte in Baden-Württemberg.

- Für die Erstellung eines entsprechenden Gutachtens oder einer Durchführbarkeitsanalyse *beantragen wir* die Einstellung von vorerst 35.000,-- Euro in den Haushalt 2022.

STRASSEN:

- *Wir beantragen* daher die Belagsanierung im nördlichen und westlichen Stadtgraben vom Küferstüble bis zum Opel-Spiegler.

SPORTFÖRDERUNG / AALEN als SPORTSTADT:

- *Wir beantragen*, einmalig die Instandsetzung des von Maulwürfen befallenen Platzes über die normale Sportförderung hinaus zu bezuschussen, mit dem Ziel eine 100 % Finanzierung der Instandsetzungsmassnahme in Höhe von 525.000 Euro zu erreichen. Dabei beziehen wir uns auf den gemeinsamen interfraktionellen Antrag von CDU, SPD, GRÜNE und *FREIE WÄHLER AALEN*